



Protokollauszug der 14. Sitzung

Ausschuss für Digitales

Berlin, den 6. Juli 2022, 15:00 Uhr
10557 Berlin, Konrad-Adenauer-Str. 1
Sitzungssaal: PLH E.600

Vorsitz: Tabea Rößner, MdB

Tagesordnung

Tagesordnungspunkt 3 – öffentlicher Teil – Seite 03

EFI-Gutachten 2022

Gäste im Ausschuss: Prof. Dr. Uwe Cantner sowie
weitere Mitglieder der Expertenkommission
Forschung und Innovation (EFI)

**Mitglieder des Ausschusses**

	Ordentliche Mitglieder	Stellvertretende Mitglieder
SPD	Becker, Dr. Holger Kassautzki, Anna Marvi, Parsa Mesarosch, Robin Mieves, Matthias David Mohrs, Falko Schätzl, Johannes Wagner, Dr. Carolin Zimmermann, Dr. Jens Zorn, Armand	Diedenhofen, Martin Esken, Saskia Hakverdi, Metin Kaiser, Elisabeth Klüssendorf, Tim Leiser, Kevin Müller (Chemnitz), Detlef Papendieck, Mathias Peick, Jens Schneider, Daniel
CDU/CSU	Biadacz, Marc Brandl, Dr. Reinhard Durz, Hansjörg Hoppermann, Franziska Jarzombek, Thomas Kemmer, Ronja Reichel, Dr. Markus Santos-Wintz, Catarina dos Zippelius, Nicolas	Bär, Dorothee Hahn, Florian Hauer, Matthias Heilmann, Thomas Henrichmann, Marc Metzler, Jan Müller, Florian Schön, Nadine Steiniger, Johannes
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Außendorf, Maik Bacherle, Tobias Gelbhaar, Stefan Khan, Misbah Rößner, Tabea	Bär, Karl Christmann, Dr. Anna Grützmaker, Sabine Klein-Schmeink, Maria Notz, Dr. Konstantin von
FDP	Funke-Kaiser, Maximilian Mordhorst, Maximilian Redder, Dr. Volker Schäffler, Frank	Brandenburg (Südpfalz), Mario Höferlin, Manuel Konrad, Carina Kruse, Michael
AfD	Cotar, Joana Lenk, Barbara Schmidt, Eugen Storch, Beatrix von	Höchst, Nicole König, Jörn Naujok, Edgar Wiehle, Wolfgang
DIE LINKE.	Domscheit-Berg, Anke Sitte, Dr. Petra	Pau, Petra Reichinnek, Heidi



Tagesordnungspunkt 3 – öffentlicher Teil –

EFI-Gutachten 2022

Gäste im Ausschuss: Prof. Dr. Uwe Cantner sowie weitere Mitglieder der Expertenkommission Forschung und Innovation (EFI)

Die Vorsitzende **Tabea Rößner**: Herzlich willkommen an all diejenigen, die jetzt online im Stream diesen öffentlichen Teil der Sitzung des Ausschusses für Digitales verfolgen. Wir befassen uns heute mit dem EFI-Gutachten 2022. Als Gäste haben wir im Saal die Expert:innen der Expertenkommission Forschung und Innovation (EFI). Ich begrüße ganz herzlich:

- Herrn Prof. Dr. Uwe Cantner, Kommissionsvorsitzender,
- Herrn Prof. Dr. Till Requate, Kommissionsmitglied,
- Frau Carolin Häussler, Kommissionsmitglied,
- Frau Irene Bertschek, Kommissionsmitglied

sowie von der EFI-Geschäftsstelle:

- Frau Dr. Eilers,
- Frau Heiny,
- Frau Dr. Ihle,
- Frau Dr. Meurer und
- Herrn Dr. Stiller.

Wir haben vereinbart, dass Sie ein Eingangsstatement von fünf Minuten halten. Dann machen wir zwei Debattenrunden mit einer Redezeit von vier Minuten in der ersten und zwei Minuten in der zweiten Runde. Bitte kurz, prägnant und direkt antworten. Sie brauchen nicht auf mich zu warten. Ich erteile Ihnen nicht das Wort, sondern es ist direkt Frage und Antwort. Dann würde ich Ihnen jetzt das Wort erteilen.

Prof. Dr. Uwe Cantner (EFI): Vielen Dank, Frau Rößner. Vielen Dank an den Ausschuss für die Einladung heute zu Ihnen, um das EFI-Gutachten 2022 vorzustellen. Fünf Minuten habe ich Zeit. Das wird sehr stenografisch. Aber das sind Sie wahrscheinlich gewohnt. Das EFI-Gutachten 2022 ist entstanden in einer Zeit, wo wir uns klar

waren, dass uns die großen Transformationen herausfordern werden und wo auch klar war, dass die COVID-Krise mit ihren Belastungen uns herausfordern wird. Deswegen haben wir das Gutachten vor dem Hintergrund geschrieben, wie stark die technologische und innovative Leistungsfähigkeit Deutschlands heute, morgen und übermorgen ist, um entsprechende ökonomische Stärke zu erzeugen und diese Herausforderungen angehen zu können. Mittlerweile ist die Ukraine-Krise hinzugekommen. Das hat das Spiel nicht erleichtert, sondern deutlich erschwert.

Die Aussagen, die wir getroffen haben, gelten genauso, wie es im Gutachten steht – vielleicht mit etwas mehr Brisanz versehen. Das Gutachten hat üblicherweise ein Kapitel, in dem wir die aktuelle F&I-Politik der Legislaturperiode kommentieren und es gibt vier Hauptkapitel, die hier aufgelistet sind. Ich mache das relativ kurz. Bei der F&I-Politik: In der neuen Legislaturperiode haben wir die Empfehlungen, die wir im Gutachten 2021 an eine zukünftige Bundesregierung ausgeführt haben, im Prinzip noch einmal am Koalitionsvertrag gespiegelt. Zu den großen gesellschaftlichen Herausforderungen – Klimakrise et cetera – sage ich nachher noch etwas im Kapitel zur nachhaltigen Mobilität.

Technologische Rückstände aufholen und vermeiden – dazu sage ich gleich etwas im Kapitel Schlüsseltechnologien. Es verbleibt: Die Fachkräftebasis zu sichern. Wir wissen, dass wir ein Fachkräfteproblem und einen Fachkräftemangel haben, und dazu haben wir im Gutachten 2021 schon einiges ausgeführt. Das haben wir einfach noch einmal verstärkt und wiederholt, insbesondere was die kontinuierliche Weiterbildung betrifft. Der fünfte Punkt, die Innovationsbeteiligung erhöhen, ist vor dem Hintergrund geschrieben worden, dass die Innovationsbeteiligung in Deutschland seit Jahren abnimmt. Der Prozentsatz der an Innovation beteiligten Unternehmen geht zurück. Genauso ist die Gründungsquote relativ niedrig und stagniert anscheinend auf diesem niedrigen Niveau.

Der letzte Punkt, Agilität der F&I-Politik steigern, spricht die Politik selbst an. Man muss versuchen, schneller zu reagieren, schneller Pläne und Strategien aufzustellen, um sie umzusetzen. Das werden Sie nachher sehen, andere sind voraus



und man kann nicht lange warten. Auch die Politik kann nicht warten, die Unternehmen können nicht warten. Deswegen fordern wir dort eine Agilität der F&I-Politik. Damit komme ich schon zu den Schlüsseltechnologien und der technologischen Souveränität. Die wirtschaftliche Zukunft in Deutschland hängt maßgeblich davon ab, wie gut es gelingt, Schlüsseltechnologien heute, aber auch in der Zukunft zu beherrschen oder sie sich zumindest zur Verfügung stellen zu können. Die Schlüsseltechnologien sind der Kern dessen, welche ökonomische Stärke wir in den nächsten Jahrzehnten haben können.

Wir haben uns verschiedene Schlüsseltechnologien angeschaut. Grob klassifiziert Digitalisierungstechnologien, Produktionstechnologien, Materialtechnologien und Technologien aus den Bio- und Lebenswissenschaften. Wenn man sich anschaut, wie heute unsere Leistungsfähigkeit und Wettbewerbsfähigkeit auf diesen Gebieten aussieht, dann müssen wir uns auf die digitalen Technologien fokussieren. Wir sind international hinten dran. Wir haben keine sogenannten komparativen Vorteile in diesen digitalen Technologien, sondern komparative Nachteile. Jetzt könnte man sagen: Na ja, wir investieren viel und die Politik tut auch einiges. Wie sieht es denn in der nächsten oder übernächsten Zukunft aus? Sie können bei den Patenten nachschauen, können vergleichen, wie es dort aussieht gegenüber anderen Ländern der Welt – China, Korea, Japan, die USA, die Europäische Union vielleicht – und können nachschauen, wie wir dort stehen. Hervorzuheben sind Japan und Korea. Mit unterschiedlichen Betonungen, wie Sie verstehen werden.

Wenn man dann noch in diesen Gebieten nachguckt, wie es mit den wissenschaftlichen Publikationen aussieht – das sind die Ideen, die heute entstehen und vielleicht in 20 Jahren zu Wertschöpfung führen – da sieht es genauso dramatisch aus, in manchen Bereichen bei der Digitalisierung noch dramatischer. China weit führend, dann Korea, Deutschland eher versinkend und wir sind eigentlich nur wettbewerbsfähig, wenn man es europäisch denkt. Unsere Handlungsempfehlungen hierfür ganz klar: Es soll ein Monitoring entstehen, ein Gremium von kundigen Forschungseinrichtungen

soll der Bundesregierung ein kontinuierliches Monitoring der Schlüsseltechnologien zur Verfügung stellen.

Es gibt ein Beratungsgremium, das auf Grund der Daten Schlüsse zieht, was zu tun ist oder was man laufen lassen kann, weil es ganz gut funktioniert, und dann die Bundesregierung entsprechend zu beraten. Das ist nichts Überraschendes. Das macht Australien schon lange. Das macht Israel schon, in den USA wird es diskutiert. Es würde Deutschland oder Europa – wir können europäisch denken – sicherlich gut anstehen, das auch zu tun. In dem Gutachten schreiben wir Ihnen sogar auf, dass Sie Markteingriffe bei Schlüsseltechnologien machen können. Die ganze Intel-Geschichte oder auch Bosch in Dresden und so weiter, das sind eigentlich industriepolitische Maßnahmen. Die EFI steht nicht unbedingt dafür, Industriepolitik zu favorisieren, aber es gibt Situationen, wo Sie das durchaus tun können. Das mag hier bei den digitalen Technologien der Fall sein, wenn man spezialdigitale Technologien fördert, nicht die allgemeinen. Deswegen soll das Ganze katalytisch sein. Das heißt, nach einer gewissen Zeit sollten Sie auch wieder aufhören, egal ob im Erfolgs- oder Misserfolgsfall.

Europäisch denken, die Schlüsseltechnologien hatte ich schon erwähnt. Das ist die Zukunft von Technologien, die wir vielleicht alle noch nicht beherrschen. Wir haben aber eine Technologie, die wir ganz gut beherrschen, und das ist die Automobilindustrie. Wie sieht es dort aus? Hätten Sie uns vor fünf Jahren gefragt, wie wir die Zukunftschancen der deutschen Automobilindustrie sehen, hätten wir gesagt: Nicht so gut, die anderen machen es besser und anders und es wird wahrscheinlich nicht funktionieren, wir sehen keine Bewegung der deutschen Automobilindustrie. Mittlerweile sieht es besser aus. Wir kommen auch bei den alternativen Antriebstechnologien langsam in Schwung und bei den Patenten freuen wir uns, auf dem zweiten Platz hinter Japan zu sein, wenn man sich das bei den Batterien zum Beispiel anschaut.

Ich mache das noch fertig und die Digitalisierung lasse ich. Ich kann es sehr kurz machen, aber dann sind es 27 Stichworte und dann verstehe ich es wahrscheinlich selber nicht mehr.



Dann haben wir uns die verschiedenen Antriebstechnologien angeschaut: die fossilen und die alternativen. Wir haben versucht, sie zu vergleichen, haben eine Studie machen lassen: Wie nachhaltig sind die eigentlich? Es ist ziemlich klar: Biogas ist am nachhaltigsten. Es lässt sich nur nicht in großer Menge produzieren, also ist es keine Alternative für unser Verkehrssystem. Wenn wir aber auf Batterie gehen, dann sieht es dort am besten aus bei den Alternativen. Wenn Sie das allerdings vor dem Hintergrund anschauen „Was sind die volkswirtschaftlichen Kosten dafür und kann sich das eine Privatperson leisten?“, dann stellen wir immer noch fest, dass die Batterien, die alternativ betriebenen, deutlich teurer sind als die fossilbetriebenen Vehikel. Um das auszugleichen, damit die Alternativen in den Markt hereinkommen, müssten Sie ungefähr einen CO₂-Preis von 215 Euro pro Tonne ansetzen, dann ist es ungefähr gleich. So groß ist die Differenz noch, und da muss etwas gemacht werden, sonst werden wir mit der Technologie mittelfristig nicht zum Schuss kommen.

Handlungsempfehlungen: CO₂-Preis und Angebot an CO₂-neutralem Strom erhöhen, Batterietechnik verbessern – da kann man noch viel tun, da ist das Ende der Fahnenstange nicht erreicht – und das System der Kaufprämien der Kfz-Besteuerung reformieren. Sicherlich helfen Kaufprämien, aber sie verzerren die relativen Preise. Es ist besser, am CO₂-Preis anzusetzen, anstatt einfach Kaufprämien zu vergeben. Es ist vielleicht eine Anfangsmöglichkeit, wie man es tun kann, aber nicht die Endlösung. Dann stoppe ich einfach hier. Es gibt noch zwei Kapitel: Einmal zur Plattformökonomie B2B, und es gibt auch noch die digitale Transformation im Gesundheitswesen, aber da haben Sie wahrscheinlich Fragen vorbereitet und dann kann ich in die Antwort einbauen, was ich jetzt erzählt hätte. Vielen Dank.

Die **Vorsitzende**: Ganz herzlichen Dank. Es tut uns leid. Wir haben heute einen Hammelsprung gehabt. Deshalb haben wir auch später angefangen und sind deshalb im zeitlichen Verzug. Deshalb die erste Frage direkt von Dr. Holger Becker für die SPD.

Abg. **Dr. Holger Becker** (SPD): Erst einmal vielen Dank, Herr Professor Cantner. Wir haben die skurrile Situation, dass wir in diesem Ausschuss über den EFI-Bericht reden und parallel dazu die

Plenardebatte zum EFI-Bericht angesetzt ist. So haben Sie vielleicht jetzt die Chance, am Ende noch etwas zu hören. Es entzerrt sich jetzt ein bisschen. Dann würde ich jetzt mit der Frage anfangen. Sie fordern eine Startup-Strategie in Ihrem Bericht und es gibt jetzt einen ersten Entwurf der Strategie des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz beziehungsweise der Bundesregierung. Was halten Sie von diesem Entwurf und wo sehen Sie gegebenenfalls noch Verbesserungsbedarf?

Prof. Dr. Uwe Cantner (EFI): Die Startup-Strategie wird von uns goutiert. Es ist gut aufgeschrieben, es ist gut argumentiert, es ist schön, dass es auf empirischer Evidenz basiert, was dort vorgeschlagen wird. Sicherlich könnte man sich an der einen oder anderen Stelle noch Verfeinerungen und Meilensteine vorstellen, auch zu sehen, wie das Ganze finanziell hinterlegt ist. Das kann man aber vielleicht nachsehen, denn die Situation der Finanzpolitik ist auch nicht so rosig. Deshalb hat man es vielleicht auch nicht aufschreiben können. Aber an sich ist das ein Papier, was wir schon länger erwartet haben. Die kritischen Punkte, gerade die Skalierung, werden angesprochen und andere Punkte. Ich denke, das ist der richtige Weg. Es ist vielleicht auch ein Beispiel dafür, wie man andere Strategien, die wir einfordern, auch einmal so verständlich aufschreiben könnte.

Abg. **Dr. Holger Becker** (SPD): Nächste Frage. Aufgabe der Bundespolitik ist ja eigentlich, gleichwertige Lebensverhältnisse zwischen Städten und ländlichen Regionen herzustellen. Im gestern erschienenen „Bundesbericht Forschung und Innovation“ wird es auch wieder betont. In dem EFI-Gutachten raten Sie dagegen davon ab, forschungs- und innovationspolitische Ziele sowie strukturpolitische Ziele miteinander zu vermischen. Allerdings führen Sie aus, dass trotzdem auch für diese strukturschwachen Regionen Entwicklungschancen bestehen. Könnten Sie mir und dem Ausschuss ein bisschen erklären, was das eigentlich bedeutet? Welche Entwicklungschancen würden Sie spezifisch für diese strukturschwachen Regionen sehen?

Prof. Dr. Uwe Cantner (EFI): Da kommt der Begriff der Exzellenz und der Exzellenzförderung mit hinein und die Frage ist: Was meint man mit Exzellenzförderung? Ich glaube, dass es nicht



besonders sinnvoll ist, ohne Anbindung eine Großforschungseinrichtung auf die grüne Wiese zu stellen. Aber Sie müssen F&I so fördern, dass es an die Region angepasst ist. Innerhalb dieser Anpassung sollten Sie die besten Projekte fördern. Deswegen trotzdem regional bedingte Exzellenz fördern. Sie sollten nicht die Projekte fördern, bei denen Sie schon wissen, dass sie schlecht sind. Das ist damit gemeint.

Abg. **Dr. Holger Becker** (SPD): Sie schreiben im Bericht: Die globalen und europäischen technischen Standards für die Entwicklung sind ein zentraler Faktor. Wir sehen aber bei deutschen Unternehmen und Institutionen, dass sie es nicht schaffen, sich in den internationalen Standardisierungskomitees maßgeblich einzubringen – im Gegensatz zu China, die dies durch ein zentralisiertes und kontrolliertes staatliches Vorgehen durchsetzen. Meinen Sie, dass Anreize, wie eine „Kostenbezuschung aus der Forschungszulage“, reichen als Maßnahmen? Oder würden Sie einen zentralisierteren Ansatz in Deutschland (und der EU) empfehlen?

Prof. Dr. Uwe Cantner (EFI): Wir haben das Gefühl, dass den deutschen Unternehmen noch nicht klar geworden ist, dass sie letztlich den Fuß in der Tür bei der Standardisierung verlieren. Eigentlich müsste es im Eigeninteresse der Unternehmen oder zumindest der Industrieverbände sein, das zu zentralisieren. China zentralisiert das garantiert, und dann wird man eben gesendet und macht das. Das würden wir so nicht favorisieren, sondern eher, zu sensibilisieren. Wenn es denn sein muss, dass man eine Kostenpauschale gibt, dann geben Sie eine Kostenpauschale – das ist eine Portokasse, würde ich sagen. Aber es ist nicht tragbar, dass die Deutschen schlafen und dort nicht mitmachen. Es müsste ihr Eigeninteresse sein.

Die **Vorsitzende**: Vielen Dank. Für die CDU/CSU-Fraktion Thomas Jarzombek.

Abg. **Thomas Jarzombek** (CDU/CSU): Lieber Herr Prof. Dr. Cantner, das ist alles ein Déjà-vu hier, auch mit Herrn Becker zusammen, aber wir fokussieren die digitalen Themen heute im Ausschuss. Zum Punkt A5, den Sie in Ihrem Gutachten haben: agile Governance-Strukturen entwickeln. Dort beschreiben Sie, dass das Thema Digitalpolitik besser koordiniert werden soll. Wie

beurteilen Sie die Entwicklung? Ihr Bericht ist aus dem Februar, und ich glaube, er ist wahrscheinlich auch schon etwas früher geschrieben worden. Jetzt ist ein halbes Jahr vergangen, Sie haben auch konkrete Themen aus dem Verkehrsbereich, aus der Medizin insgesamt – wie beurteilen Sie denn die Agilität der Governance-Strukturen, die sich in der neuen Regierung gebildet haben?

Prof. Dr. Uwe Cantner (EFI): Sagen wir es einmal so: Es ist noch nicht so viel passiert. Ich glaube nicht, dass ganz klar war, wer den Hut aufhat, aber ich nehme an, das Ministerium für Digitales und Verkehr hätte den Hut aufhaben sollen. Da haben in den letzten Wochen auch Umarrangements stattgefunden. Das Innenministerium, das Wirtschaftsministerium, das Bundeskanzleramt sind einbezogen, um das irgendwie auf die Beine zu stellen. Ich glaube, dass jetzt eine digitale Strategie entstehen wird. Ich hoffe zumindest, dass sie entstehen wird, aber es ist wirklich ein enormer Zeitverzug. Wir sind jetzt ein halbes Jahr hinterher. Das hätte viel früher sein müssen, und es ist wahrscheinlich einfach ein Abstimmungsproblem: Wer hat den Hut auf? Unser Thema war ja, ein Digitalisierungsministerium einzurichten, um alles zu bündeln und dann von oben herunter, dezentral organisiert, vonstattengehen zu lassen. Das hat nicht funktioniert.

Als Alternative hätte man sagen können, man macht eine sehr starke, intensive wöchentliche Abstimmung zwischen den verschiedenen Ministerien. Das scheint auch nicht funktioniert zu haben. Jetzt sind wir an dem Punkt angekommen. Aber ich denke, es ist Zeit. Wir sind hinten dran und jeden Tag rutschen wir ein Stückchen weiter zurück.

Abg. **Thomas Jarzombek** (CDU/CSU): Unsere Einschätzungen decken sich, was das betrifft. Die Frage wäre aus meiner Sicht, welche Bedeutung Sie der Leidenschaft der handelnden Personen beim Thema Digitalisierung zuordnen. Wir haben zwar vorhin den Bundeswirtschaftsminister im Ausschuss gehabt, aber wenn man seine öffentlichen Äußerungen über die meiste Strecke verfolgt – er hat auch andere Themen. Aber gerade beim Bundesminister für Digitales und Verkehr ist es ziemlich offensichtlich, wie der Anteil in seinen Reden zum Thema Verkehr und zum



Thema Digitalisierung ist. Bei der Bundesinnenministerin könnte man fortfahren. Wir haben heute eine BAföG-Novelle auf den Tisch bekommen mit rein analogen Verfahren. Insofern vielleicht erst einmal die Frage: Wie groß ist die Bedeutung, dass sich die Personen für das Thema engagieren?

Prof. Dr. Uwe Cantner (EFI): Ich kenne die Personen nicht gut genug, um die persönlichen Befindlichkeiten bewerten zu können. Aber die Ukraine-Krise und die Notsituation, in die wir Schritt für Schritt hineinschlittern, sorgen dafür, dass die Prioritäten verändert werden müssen, das ist klar. Dass auch jetzt zum Teil eher kurzfristige Ziele verfolgt werden müssen – Energiesicherheit für den Winter und so weiter – ist auch klar. Unser Plädoyer ist aber, das geschickt zu verbinden mit den mittel- und langfristigen Zielen.

Ein einfaches Beispiel: Es gibt das Sondervermögen für die Bundeswehr, das – ich übertreibe jetzt etwas – für Helme ausgegeben werden soll. Warum geben Sie das nicht für Cybersicherheit oder ähnliche digitale Technologien aus? Doppelte Verwendung, militärische Sicherheit, dann Spill-Overs in die Privatwirtschaft und dann für die Wirtschaft insgesamt. Ich habe nicht verstanden, warum man das nicht macht. Das wäre eine ganz einfache Möglichkeit gewesen, die Digitalisierung voranzutreiben und trotzdem für die erforderliche Sicherheit zu sorgen. Das hätte man an verschiedenen Stellen geschickter machen können.

Abg. **Thomas Jarzombek (CDU/CSU):** Ich glaube, dass der Defense Advanced Research Projects Agency (DARPA)-Ansatz etwas wäre, was wir nachbauen könnten, auch wenn es brennt um uns herum auch mit SPRIND und drumherum, wo militärische Aufträge eine Rolle spielen. Wäre das aus Ihrer Sicht etwas, womit man gerade im Bereich der Schlüsseltechnologien antreiben könnte, indem man als Staat stärker als Ankerkunde auftritt?

Prof. Dr. Uwe Cantner (EFI): Das ist immer das Argument, dass die DARPA ja aus dem militärischen Bereich kommt und sich dann in den zivilen Reihen entwickelt hat. Das ist richtig. Ob es das generelle Modell ist, jede

Schlüsseltechnologie mit militärischen Elementen zu versehen, das ist etwas, was ich so nicht sagen würde. Da müsste man ziemlich genau hinschauen.

Die **Vorsitzende:** Danke, nun die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, und das Wort hat Sabine Grützmacher.

Abg. **Sabine Grützmacher (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Vielen herzlichen Dank, Frau Vorsitzende und vielen Dank für die Erläuterungen. Das Ökosystem aus deutschen Unternehmen, Universitäten und Forschungsinstitutionen hat in vielen Bereichen der Industrie – eigentlich weltweit – die Vorreiterrolle. Aber insbesondere in der Digitalisierung habe ich Ihren Bericht so verstanden, dass Sie uns schon sprichwörtlich Hausaufgaben aufgegeben haben. Neben Inhalten müssen aber auch die Strukturen überzeugen. Egal, ob Hackathon oder Community-Building, die Idee der neuen Deutschen Agentur für Transfer und Innovation (DATI) scheint da eher ein Feuerwerk zu versprechen. Aber ich habe mich gefragt, wie dieses Feuerwerk mit Leben gefüllt wird.

Herr Professor Cantner, Sie haben zu bedenken geben, dass es hier deutliche Überschneidungen mit den Aufgaben der 15 Projektträger seitens des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) und den neuen Aufgaben der Agentur geben könnte. Andere Länder wie Schweden, Israel oder die Schweiz arbeiten mit ähnlichen Konstrukten und haben – soweit ich mich eingelese habe – gute Transferergebnisse von Forschungen in KMU oder in die Zivilgesellschaft erzielt. Wie können wir sicherstellen, dass die DATI Doppelstrukturen vermeidet und somit eine transformationstreibende und keine Verhinderungsfunktion einnimmt?

Prof. Dr. Uwe Cantner (EFI): Sie sprechen das DATI-Konzept an. Wenn ich ganz ehrlich bin, weiß ich nicht zu 100 Prozent genau, was die DATI sein soll. Ist das eine neue Agentur mit einem Gebäude, in dem Leute sitzen, die bestimmte gute Dinge tun, oder es ist eine Dachmarke für bestimmte Programme, die im BMBF, im BMWK oder in anderen Ministerien laufen? Ich bin mir nicht so ganz klar, wo das hinlaufen soll. Die Dokumente sind durchaus



unterschiedlich, die dazu zirkulieren. Das müsste man erst einmal auf die Linie bringen. Dass wir ein Förderformat brauchen, bei dem der Transfer gestärkt werden muss, weil wir in Deutschland da ziemlich schlecht sind, das ist unstrittig. Da sind wir uns sehr einig. Wie man das dann aufsetzt – im EFI-Gutachten haben wir geschrieben: Wir sind gegen eine Agentur DATI, weil es alternative Formate gibt, die schon existieren. Das könnten die Projektträger sein. Das könnten auch andere Forschungseinrichtungen sein, die solche Aufgaben übernehmen. Die müssten ganz anders aufgestellt werden, müssten auch entsprechend den Gegebenheiten, den Anforderungen und den Bedarfen für die Zukunft umstrukturiert werden. Ohne Umstrukturieren geht es nicht.

Das Inhaltliche, weil Sie die Ökosysteme angesprochen haben: Es gibt ein Dokument, das die Ökosysteme mit der DATI in Verbindung bringt. Der Kritikpunkt ist ganz einfach, dass die DATI, so wie es dort aufgeschrieben wurde, ein Ökosystem nicht in seiner Gesamtheit erfasst, sondern nur Teilakteure, einige der Akteure, kleine und mittlere Universitäten, Fachhochschulen und KMU, und andere werden mehr oder weniger ausgeschlossen. Auch der regionale Fokus ist eher eng denn weit – weit heißt, mehr als 100 Kilometer oder so ähnlich. Das ist auch dort so formuliert und das entspricht nicht dem Grundcharakter eines Ökosystems, wie man es eigentlich angehen muss. Wenn man ein Ökosystem fördern muss, dann sollte man es auf allen Ebenen fördern.

Abg. **Sabine Grützmaker** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann versuche ich direkt in den zweiten Block einzusteigen, in das Gesundheitswesen. Da würden mich die Digitalisierungsstrategie und das Gesundheitsdatennutzungsgesetz interessieren. Es wurde gesagt, dass vorhandene Potenziale zur Verbesserung der Gesundheitsversorgung genutzt werden können, um zum Beispiel die Telemedizin und deren Akzeptanz zu stärken. Können Sie kurz darauf eingehen? Ansonsten greife ich die Frage gleich noch einmal auf.

Prof. Dr. Uwe Cantner (EFI): Ich könnte jetzt auch einmal meine Kollegin Irene Bertschek fragen. Ich kann es auch beantworten. Aber Irene, du bist mindestens genauso kompetent und wenn du möchtest, kannst du übernehmen.

Irene Bertschek (EFI): Ich versuche es einmal. In den Gesundheitsdaten liegen viele Potenziale und genauso in den Anwendungen – Telemedizin, digitale Gesundheitsanwendungen, elektronische Patientenakte. Man steht in all diesen Bereichen sehr schlecht da im internationalen Vergleich. Mit einem Gesundheitsdatennutzungsgesetz könnte man diese Schwächen angehen und Daten nutzbar machen für eine bessere Diagnose, für eine bessere Therapie, die letztlich den Patient:innen und dem Gesundheitssystem, also auch der Verwaltung, zugutekämen. Deshalb diese Dringlichkeit, so ein Gesetz zu entwickeln und zu verabschieden. Ich mache hier einmal einen Punkt.

Die **Vorsitzende**: Vielleicht können Sie das in der zweiten Runde noch einmal ergänzen. Vielen Dank. Für die FDP hat das Wort Maximilian Funke-Kaiser.

Abg. **Maximilian Funke-Kaiser** (FDP): Danke. Ich glaube wir müssen nicht auf die zweite Runde warten, da ich auch auf das Gesundheitswesen anspielen möchte. Sehr geehrter Herr Professor Cantner, danke, dass Sie da sind. Meine erste Frage geht auch in Richtung Governance. Sie haben im Gutachten gesagt, dass man eine koordinierende Stelle brauche für die digitale Transformation im Gesundheitswesen mit möglichst weitreichenden Durchsetzungskompetenzen. Wie ordnen Sie denn aktuell die Rolle der gematik ein, insbesondere im Zusammenhang mit deren Gesellschafterstruktur, mit dieser Forderung, eine koordinierende Stelle mit möglichst weitreichenden Durchsetzungskompetenzen zu schaffen?

Prof. Dr. Uwe Cantner (EFI): Ich denke, für die Umsetzung einer Digitalisierungsstrategie im Gesundheitswesen oder sonst wo – wir können ja noch andere Bereiche adressieren, wo es eine Strategie geben muss – muss es so eine zentrale koordinierende Stelle geben, die auch Durchsetzungsbefugnisse ist. Wobei die nicht alles selbst ausführen muss. Das können Sie sehr dezentral organisieren – aber nach ganz bestimmten Regeln im Sinne der Interoperabilität et cetera und wie solche digitalen Systeme eben aufzusetzen sind. Die gematik könnte durchaus genau dieser Akteur sein. Das könnte man sich vorstellen. Sie könnten auch das Gesundheitsministerium nehmen.



Zur Gesellschafterstruktur: Wir wissen, dass der Bund zu mehr als 50 Prozent beteiligt ist. Das würde ich erst einmal unkritisch sehen. Ich glaube nicht, dass das ein Nachteil ist. Wichtig ist, dass Sie jemanden haben, der diese ganzen Stränge strategisch in der Hand hat. Und dann kann es so laufen. Das gilt für die Bundesebene, für die Länderebene und für die Universität. Auch dort muss es eine zentrale Stelle geben, dann kann dezentral gut koordiniert vieles geschehen. Das ist der Punkt.

Abg. **Maximilian Funke-Kaiser** (FDP): Sie haben die Gesundheitsdaten angesprochen. Sie haben begrüßt, dass eine elektronische Patientenakte (ePA) mit Opt-out zur Verfügung gestellt werden soll, insbesondere aber die Daten, die dort generiert werden, auch in der sekundären Nutzung für Forschungszwecke bereitgestellt werden sollen. Ein wichtiges Vorhaben, das natürlich mitgedacht wird, auch in den aktuellen Ausarbeitungen. Wie ordnen Sie denn dort aktuell die Forderungen im Zuge des möglichst hohen Datenschutzes gerade auch im Bereich der Patientensicherheit ein?

Irene Bertschek (EFI): Es ist so, dass dort auch oft auf die Hemmnisse durch die DSGVO verwiesen wird. Das ist kein schlagendes Argument aus unserer Sicht, da andere Länder es vormachen, hier trotz DSGVO Daten zu nutzen. Wir denken, dass der Schlüssel eher darin liegt, gute Anonymisierungsverfahren zu entwickeln, um solche Daten anonymisiert nutzbar zu machen für Forschungszwecke. Das wäre ein möglicher Schritt und dazu gehören auch andere flankierende Maßnahmen: Interoperabilität von IT-Systemen, um Daten austauschen zu können und so weiter. Aber jedenfalls ist der Datenschutz kein Argument dafür, solche Daten – Gesundheitsdaten oder personenbezogenen Daten – nicht nutzen zu können.

Abg. **Maximilian Funke-Kaiser** (FDP): Zumal solche Möglichkeiten in der DSGVO schon im Gesundheitsbereich gegeben werden. Da sind wir auch nah beieinander. In den letzten 30 Sekunden möchte ich auf den Faktor Niedrigschwelligkeit eingehen. Opt-out wird von Ihnen präferiert, da es in der Nutzung niedrigschwellig ist für die Patient:innen. Ich würde gerne auch bei der sekundären Nutzung darauf eingehen – Niedrigschwelligkeit im Sinne, welche

Stakeholder möglicherweise Zugriff auf solche Daten bekommen sollten aus Ihrer Sicht, damit wir einen möglichst breiten Forschungsnutzen generieren können.

Irene Bertschek (EFI): Ich kann etwas dazu sagen. Wer sollte die nutzen können? Natürlich sollten diese Daten für Forschungszwecke genutzt werden können. Das heißt, Forschungseinrichtungen sollten diese nutzen. Ob auch Unternehmen diese nutzen könnten, da müsste man schauen, ob man das über Kooperationen mit der Forschung ermöglicht. Mit Akteuren, die sich an die Datenschutzregeln halten und die entsprechenden Vorrichtungen haben, mit solchen Daten umzugehen. Oder über Datenintermediäre sozusagen den Zugang zu diesen Daten zu gewährleisten.

Die **Vorsitzende**: Vielen Dank. Die AfD-Fraktion, Frau Lenk.

Abg. **Barbara Lenk** (AfD): Sehr geehrter Herr Professor Cantner, vielen Dank für Ihre Expertise. Ich gehe auch einmal ins Thema Gesundheit. Die Expertenkommission hat in ihrem Gutachten festgestellt, dass Deutschland bei der Digitalisierung im Gesundheitswesen international deutlich zurückliegt. Beispielsweise das Baltikum oder die skandinavischen Länder sind dort weiter fortschrittlich. Wo liegen denn Ihrer Meinung nach die deutschen Probleme bei der Digitalisierung des Gesundheitswesens und was kann Deutschland diesbezüglich von den Vorreitern lernen?

Irene Bertschek (EFI): Wir beobachten bei anderen Ländern, die weit vorne sind, dass diese in der Regel eine ganzheitliche Digitalisierungsstrategie des Gesundheitswesens haben. Das haben wir nicht. Das heißt, dort ist eine Baustelle, abgesehen vom Gesundheitsdatennutzungsgesetz eine Gesamtstrategie zu entwickeln. Die Akteurslandschaft in Deutschland ist sehr heterogen. Es gibt verschiedene Interessengruppen. Dann ist eben schon angesprochen worden, dass die Sorgen um den Datenschutz in Deutschland etwas stärker ausgeprägt sind als in manchen anderen Ländern. Was wir in unseren Analysen auch festgestellt haben: Gerade bei der Adaption neuer Anwendungen fühlen sich die Akteure – also



Leistungsträger, aber auch Patient:innen – teilweise nicht ausreichend informiert. Wir denken, dass wir durch bessere Informationen darüber, was man mit Digitalisierung oder Datennutzung im Gesundheitswesen erreichen kann, Fortschritte erzielen können.

Prof. Dr. Uwe Cantner (EFI): Ich kann nur noch ergänzen, da Sie gefragt haben: Was ist der Fehler? Im Nachgang zu dem Gutachten haben uns viele Zuschriften erreicht von Ärzt:innen, die gesagt haben: Man hat uns nie gefragt, was wir brauchen und wie wir damit umgehen sollen. Das partizipative Element ist ganz wichtig. Das wurde in Österreich und in Estland gemacht. In den skandinavischen Ländern hat man das partizipativ aufgezogen. Dann können die Dinge auch funktionieren. Wenn ich Ihnen nur die Maschine hinstelle und sage „Macht damit etwas, vielleicht klappt es ja“, dann klappt es eben gerade nicht.

Abg. **Barbara Lenk (AfD):** Dann widme ich mich doch noch einmal der Bildung. Sie sprechen sich in Ihrem Gutachten dafür aus, die MINT-Kompetenzen im schulischen Bereich in den Lehrmethoden und Inhalten auf die Prüfung zu stellen. Was machen denn nach Ihrer Auffassung Länder wie Südkorea oder Estland beziehungsweise Finnland in dem Bereich besser? Wie können wir von denen lernen?

Prof. Dr. Uwe Cantner (EFI): Das MINT-Problem ist ein bekanntes. Wir merken auch, dass sehr viele junge Studierende lieber in die sozialwissenschaftlichen Fächer gehen. Dort bin ich auch – ich will mich nicht besser machen als andere. Die Frage ist, wie man das umlenken kann. Wie man das Interesse für diese naturwissenschaftlichen MINT-Fächer steigern kann. Das fängt wahrscheinlich in der Schule an. Es muss dort schon relativ früh vorgebaut werden, was letztendlich dazu führt, dass man die Curricula und vielleicht auch die Schulstrukturen anpassen und ändern muss, um das von vornherein auch so zu installieren. Wenn Sie erst im Studium anfangen und versuchen, aus der Volkswirtschaftslehre die Leute in die Physik oder die Mathematik herüber zu holen, ist es wahrscheinlich schon deutlich zu spät, da dann die Entscheidungen für die Lebensentwürfe schon gefallen sind. Man muss sehr früh anfangen, das umzubauen.

Man kann natürlich schauen, wie das in Südkorea und anderen Ländern läuft. Ich habe ein bisschen Bammel davor, wenn wir das dirigistisch machen, also sagen: Du musst dahin und du musst dahin. Das hat es auch einmal in Deutschland gegeben. Das ist nicht der richtige Weg, aber man muss versuchen, es über Anreize zu machen, über interessante Angebote. Wenn ich mich an meinen Schulunterricht erinnere, war da manches ziemlich langweilig. Deswegen habe ich es auch nicht gemacht. Würde ich heute schöne Formate dafür bekommen, hätte ich mich vielleicht ganz anders entschieden, würde auch heute nicht hier sitzen, sondern ganz woanders.

Prof. Dr. Till Requate (EFI): Ich kann vielleicht noch eines ergänzen. Wir beobachten teilweise riesige Anfängerzahlen in den Gesellschaftswissenschaften, und die Leute wissen gar nicht, wo sie nachher hingehen wollen. Ich glaube, dass wir ein stärkeres Quotierungssystem brauchen, so wie es im Fach Psychologie gelungen ist. Das wollten auch am Anfang extrem viele studieren, man hat das durch den Numerus Clausus (NC) besser gesteuert, und ich glaube, das brauchen wir für andere beliebte Fächer wie Deutsch und Geschichte einfach auch.

Die Vorsitzende: Vielen Dank. Für DIE LINKE. Anke Domscheit-Berg.

Abg. **Anke Domscheit-Berg (DIE LINKE.):** Mir wäre ein NC zu formalistisch, aber ich habe andere Fragen. Mich interessiert noch einmal das Thema Governance. Es stehen kluge Dinge in Ihrem Report. Sie haben auch schon gesagt, so agil, wie Sie es gerne hätten, ist es nicht geworden. Mein persönlicher Eindruck ist, und ich wüsste gern, was Ihre Sicht darauf ist, dass sich das im Laufe der ersten sechs Monate dieser Ampel sogar noch verschlechtert hat. Je mehr festgelegt wurde in Governance-Strukturen, umso schlimmer wurde es. Bei digitalen Identitäten zum Beispiel ist die Federführung auf vier Ministerien verteilt. Bei eIDAS ist es das BMDV, bei eID-Laboren sind es sogar vier gemeinsam – das BMI, BMF, BMWK und das Kanzleramt.

Dann gibt es noch die Schaufensterprojekte. Da hat die Federführung das BMWK, dessen Minister Habeck wir gerade bei uns hatten, und der nicht wusste, dass er die Federführung hat und auch nicht, warum es überhaupt diese Projekte geben



soll, obwohl er 21 Millionen Euro im Haushalt hat. Das bestätigt eigentlich: Es fehlt der Durchblick. Was sehen Sie dort?

Prof. Dr. Uwe Cantner (EFI): Das ist die Antwort wie vorher. Sie brauchen eine zentrale koordinierende Stelle. Setzen Sie die ins Bundeskanzleramt oder sonstwo hin, stattdessen Sie sie einigermaßen gut mit Personal aus, sodass man das Ganze im Überblick fahren kann, sodass es dann doch an vielen Stellen Koordinationspunkte gibt. Das muss vielleicht noch nicht auf Ministerienebene sein. Vielleicht geht es auch auf Abteilungsleiterebene, aber mit regelmäßigen Treffen jede Woche, um das miteinander abzusprechen, das auf den Weg zu bringen.

Ich sehe es natürlich auch als schwer an, alle Ministerien samt Bundeskanzleramt so auf Agilität zu trimmen, wie wir uns das vielleicht vorstellen, da muss man eben zweitbeste Lösungen finden. Vielleicht ist es auch der Ukraine-Krise geschuldet, dass man nicht so agieren kann, wie man vielleicht möchte. Das will ich nicht ganz in Abrede stellen. Aber es muss etwas geschehen. Dann muss man das auf der Ebene machen. Das Gleiche gehört dazu, dass das Thema nachhaltige Mobilität von fünf Projektträgern bearbeitet wird, die im Prinzip nichts voneinander wissen. Das kann auch nicht sein. Das ist Koordination auf der anderen Seite, die auch noch fehlt.

Abg. **Anke Domscheit-Berg** (DIE LINKE.): Es gibt gerade zwei Ministerien, die jeweils ein Referat für Nachhaltigkeit und Digitalisierung aufbauen, nämlich das BMDV und das BMWK. Beide sind noch im Designprozess dieser Referate und ich frage mich, was grenzt sich da wie ab?

Aber das ist nicht meine Frage, sondern meine nächste Frage bezieht sich auf das Thema zu fördernde Schlüsseltechnologien. Wenn ich auf die reale Politik schaue, habe ich öfter den Eindruck, dass es an der Definition mangelt, was das eigentlich ist. Eine Buzzword-Förderung finde ich deutlich häufiger, als eine Schlüsseltechnologie-Förderung. Selbst im Koalitionsvertrag findet sich Distributed Ledger und es gibt alle Arten von Block Chain-Projekten, und die meisten davon sind auf Deutsch gesagt totaler Bullshit. Haben Sie da eine operationalisierbare Definition, die man der

Bundesregierung an die Hand geben könnte, damit in den nächsten Haushalten mehr richtige Schlüsseltechnologien gefördert werden?

Prof. Dr. Uwe Cantner (EFI): Die Abgrenzung, was Schlüsseltechnologie ist oder nicht, da kann man bei manchen kurz diskutieren, bei anderen lange. Wichtig ist, dass Schlüsseltechnologien nicht nur eigenes Potenzial haben für Wertschöpfung, sondern dass Sie in anderen Bereichen dafür sorgen, dass dort Wertschöpfung entstehen kann.

Nehmen Sie einfach den Halbleiter. Der hat natürlich selbst Potenzial, macht Wertschöpfung, aber Sie können ihn woanders einsetzen und den technologischen Wandel damit vorantreiben und für Wertschöpfung sorgen. Das heißt, sie haben eine Mehrfachfunktion. Unter diesen Schlüsseltechnologien am wichtigsten sind die digitalen Technologien, da sie helfen, dass in anderen Schlüsseltechnologien aus den Bio- und Lebenswissenschaften überhaupt Fortschritte erzielt werden können. Da gibt es auch noch eine Abstufung.

Abg. **Anke Domscheit-Berg** (DIE LINKE.): Ich habe noch eine ganz kurze Frage. Sie sind etwas skeptisch im Gutachten, ob GAIA-X so gut vorankommt wie geplant. Im nächsten Haushalt soll das Budget dafür halbiert werden. Wie sehen Sie aktuell den Stand von GAIA-X und wie bewerten Sie die Budget-Halbierung?

Prof. Dr. Uwe Cantner (EFI): Zum einen haben wir schon das Prinzip der katalytischen Förderung bevorzugt. Das heißt, wir fördern einmal und schauen, ob es funktioniert. Wenn es funktioniert, dann lassen Sie es, dann läuft es von selber, so eine Cloud, so eine GAIA-X, so ein Datenraum kann ja von selbst funktionieren, er muss nur groß genug sein. Sie müssen einen bestimmten Schwellenwert überschritten haben. Wenn Sie merken, dass das nicht funktioniert, dann sollte die Politik möglichst schnell die Finger davon lassen und sagen: Lassen wir es, bevor noch mehr schlechtes Geld nachgeworfen wird. Da sind wir einfach sehr unemotional. Schauen Sie nach, ob es funktioniert. Wenn nicht, dann lassen Sie die Finger davon.

GAIA-X haben wir in den letzten Jahren immer favorisiert in Gutachten. Es steht immer darin: Gute Idee, hat ein Potenzial, aber wir sehen auch von Monat zu Monat, dass nicht wirklich etwas



passiert. Wenn das nach hinten läuft, dann sollten Sie vielleicht doch lieber die Finger davon lassen und sich was anderes einfallen lassen.

Die **Vorsitzende**: Vielen Dank, wir kommen in die zweite Runde, für die SPD Dr. Carolin Wagner.

Abg. **Dr. Carolin Wagner** (SPD): Vielen Dank. Es sind schon einige Sachen gefragt worden. Deswegen konzentriere ich mich jetzt nur auf den Bereich Digitalisierung der Hochschulen. Das ist eine Forderung beziehungsweise Empfehlung, die auch schon in früheren EFI-Gutachten von Ihnen aufgegriffen wurde. Nach der Corona-Phase haben wir auch gesehen, dass da noch Luft nach oben ist. Wie sehen Sie uns dort aktuell aufgestellt? Was müsste noch alles passieren?

Prof. Dr. Uwe Cantner (EFI): Die Digitalisierung der Hochschulen haben wir vor zwei Jahren schon einmal angeprangert. Es sieht dort nicht besonders gut aus – in der Forschung vielleicht besser, im Verwaltungs- und Lehrbereich vielleicht etwas schlechter. Letztendlich müssen zwei Dinge gemacht werden. Erstens: Die Hochschulen müssen Strukturen schaffen, die eine Digitalisierungsstrategie aufstellen und durchsetzen können. Es gibt Hochschulen, die machen das. Es gibt genug Hochschulen, die machen das nicht, da passiert irgendetwas im Digitalen und das passt nachher alles nicht zusammen. Das muss geändert werden.

Zum Zweiten: Ein bisschen fehlt auch das Geld. Das ist von Bundesland zu Bundesland unterschiedlich, vollkommen klar. Eine Digitalisierungspauschale von 92 Euro pro Student pro Jahr – wenn man das einführen würde, könnten die Universitäten vergleichsweise viel damit anfangen. Ich möchte nur erinnern an die Coronakrise. Da wurden sehr schnell Gelder freigemacht, um Videoformate und so weiter aufzusetzen – wie blitzschnell ging das. Das hat ein paar Monate gedauert – drei, vier Monate – dann ist das auf ziemlich hohem Niveau gelaufen und das kann ich mir in anderen Bereichen der Digitalisierung der Hochschule genauso vorstellen.

Abg. **Dr. Carolin Wagner** (SPD): Ganz kurz die 20 Sekunden für eine provokative Nachfrage. Sie haben gerade das Thema Geld angesprochen. Um die Herausforderungen der Zukunft und jene von heute zu lösen, brauchen wir Forschung und

Innovation. Sehen Sie hier Einsparpotenzial oder eher nicht?

Prof. Dr. Uwe Cantner (EFI): In der Forschung und Innovation Einsparpotenziale? Ich sehe vielleicht Effizienzpotenziale, aber keine Einsparpotenziale.

Die **Vorsitzende**: Es war eine kurze Antwort, vielen Dank. Dann kommen wir zur CDU/CSU-Fraktion und Dr. Markus Reichel.

Abg. **Dr. Markus Reichel** (CDU/CSU): Sie haben im Gutachten den Mangel an qualifizierten Daten als ein wesentliches Hemmnis angesprochen. Wie sehen Sie denn das Potenzial digitaler Identitäten oder Self Sovereign Identities (SSI) praktisch im Kontext einer möglichen, vielleicht freiwilligen Weitergabe von Daten, ob im Gesundheitsbereich oder außerhalb, sodass wir auch einmal neue Wege finden, um die Daten tatsächlich einzusammeln? Haben Sie das analysiert?

Prof. Dr. Uwe Cantner (EFI): Irene, hast du eine Idee dazu? Sonst habe ich etwas dazu.

Irene Bertschek (EFI): Das Einzige, was mir spontan einfällt, sind die Opt-out-Modelle, gerade bei der elektronischen Patientenakte. Wir haben vorhin schon angesprochen, dass es einfacher ist, als das Opt-in. Das gilt jetzt speziell für den Gesundheitsbereich, lässt sich aber auch auf andere Bereiche übertragen.

Abg. **Dr. Markus Reichel** (CDU/CSU): Das könnte man vielleicht noch einmal diskutieren. Anderes Themenfeld: Gerade jetzt, mit unserer kleinteiligen Wirtschaft sprechen Sie an, dass beim Thema Datenteilen sehr häufig die Angst auftaucht: Jetzt hat mein Wettbewerber meine Daten. Wie könnte man das konkret lösen? Welchen Ansatz gäbe es aus Ihrer Sicht?

Irene Bertschek (EFI): Sie haben die Bedenken angesprochen, dass Konkurrenten oder Wettbewerber Einblick haben. Hier bestünde die Möglichkeit, dass man sichere, vertrauenswürdige Datenintermediäre schafft, die die Daten verwalten, aufbereiten und weitergeben. Viele Unternehmen empfinden eine Rechtsunsicherheit bei der Datennutzung, beim Datenteilen oder der gemeinsamen Nutzung. Es ist also einfacher, wenn es Blaupausen gibt für vertragliche Vereinbarungen zur Datennutzung.



Die **Vorsitzende**: Vielen Dank. Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Sabine Grützmacher.

Abg. **Sabine Grützmacher** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich habe das Glück, dass die Fragen alle schon gestellt wurden. Deswegen erlaube ich mir, einmal zur Blockchain-Technologie zu springen. Sie hatten die Gesamtstrategie und die zentrale Koordinierungsstelle angesprochen. Braucht es dort nicht zum Beispiel ähnlich dem Vorbild in Dänemark den Aufbau von digitaler Kompetenz in Ministerien, Verwaltungen und Politik? Denn wir haben gerade gehört, dass Blockchain oder Distributed Ledger – ich sage jetzt einmal böse: Buzzwort-Bingo – in einem Atemzug genannt werden. Akteure aus dem Chaos Computer Club sprechen von der sogenannten Beratertruppe. Brauchen wir dort nicht auch Schulungen in die Fläche, um Förderprogramme, Ausschreibungsprozesse und so weiter eigenständig entwickeln, vergeben und evaluieren zu können?

Prof. Dr. Uwe Cantner (EFI): Da laufen Sie bei mir offene Türen ein. Die digitale Bildung ist nicht weit fortgeschritten. Es gibt Spezialisten hier und da, wahrscheinlich zu wenige. Aber um die Digitalisierungsstrategie in der Breite umzusetzen, muss jede und jeder mitmachen können zu einem gewissen Grad. Dort haben wir sicherlich deutschlandweit Defizite.

Um dem entgegenzukommen, fängt es in der Schule an. Es wird dort noch nicht richtig beigebracht. Es geht aber auch hoch in die Universitäten hinein. Ich kann mir durchaus mehr vorstellen, was dort gemacht werden könnte. Was die Ministerien oder die Verwaltung insgesamt betrifft: Im Rahmen der Weiterbildung könnte man sehr starke Formate sich entwickeln lassen, die dann dort die digitale Kompetenz auf ein Niveau bringen, mit dem selbstständig an den Dingen gearbeitet werden kann. Das kann ich mir durchaus vorstellen. Wir sehen, dort muss investiert werden. In diese Kompetenz muss investiert werden, aber es ist sicherlich eine rentierliche Investition.

Abg. **Sabine Grützmacher** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Würden Sie sagen, bei der Freiwilligkeit braucht es auch eine kritische Datenmündigkeit, die in der Gesellschaft vorherrschen muss und die wir dann auch

schulen müssen, um überhaupt adäquat und reflektiert entscheiden zu können?

Prof. Dr. Uwe Cantner (EFI): Das kann ich jetzt aus innovationsökonomischen Gesichtspunkten nicht so richtig bewerten, aber als Staatsbürger, der zur Wahl geht. Das muss gemacht werden. Ich glaube, dass mit den Daten noch auf vielen Ebenen viel zu viel Missbrauch betrieben wird. Dort bedarf es der Aufklärung. Ob Sie das zu 100 Prozent ausrotten können, das bezweifle ich. Aber man kann versuchen, das zumindest weit zurückzudrängen. Da gebe ich Ihnen Recht.

Die **Vorsitzende**: Für die FDP Maximilian Funke-Kaiser.

Abg. **Maximilian Funke-Kaiser** (FDP): Herzlichen Dank. Sie fordern im Gutachten eine sogenannte F&I-Strategie, die aufbaut auf der Hightech-Strategie. Dort haben sie eine sogenannte Zukunftsquote angesprochen. Mich würde interessieren, was Sie genau mit dieser Zukunftsquote meinen und ob es schon konkrete Definitionen für diese Zukunftsquote gibt.

Irene Bertschek (EFI): Ich kann etwas dazu sagen, da auch das ZEW ein Konzept entwickelt hat, eine solche Zukunftsquote zu berechnen in einem Projekt für das BMBF. Im Prinzip geht es in der Zukunftsquote darum, Ausgaben im Bundeshaushalt zu erfassen und zu monitoren, die keinen sofortigen, sondern einen eher langfristigen Nutzen bringen. Investitionen beispielsweise in Humankapital, in Naturkapital, in technisches Wissen.

Rein theoretisch könnte man auch Investitionen in Militär oder Cybersicherheit integrieren. Es gibt dort ein Konzept, wie man das operationalisieren kann auf Basis des Funktionengruppierungsplans. Man kann es mit unterschiedlichen Gewichten der Ausgaben versehen und nach Fristigkeit des Nutzens differenzieren. Wie gesagt, wir haben ein Konzept entwickelt und man müsste darüber reden, welche Berechnung sinnvoll ist und ob man bestimmte Zielmarken setzen könnte oder sollte.

Abg. **Maximilian Funke-Kaiser** (FDP): Super. Ich komme noch zuletzt auf den Bereich Datenpolitik zurück. Sie haben im Gutachten geschrieben, dass die Rahmenbedingungen für die Daten in Bezug auf den geplanten Data Governance Act so



gestaltet werden müssen, dass es einen Anreiz gibt, dass Mittlerdienste etwas anbieten und auch hochwertige Dienstleistungen sichergestellt werden. Mich würde interessieren, wie Sie den aktuellen Entwurf des Data Act einstufen, der nicht von öffentlichen Daten, sondern von privaten Daten ausgeht.

Irene Bertschek (EFI): Grundsätzlich kenne ich nicht alle Details des Data Acts, aber es ist sicherlich richtig, dass es ihn gibt und dass man damit auch europaweit die Datennutzung regelt. Im Hinblick auf die Entstehung von Ökosystemen haben wir es auch im EFI-Gutachten im Kontext der Plattformökonomie diskutiert. Insofern ist es die richtige Richtung. Man weiß natürlich nicht, wie sich solche Regelungen – das gilt auch für DMA und die GWB-Novelle – wirklich auf die Innovationsaktivität auswirken würden. Das wird man überprüfen müssen.

Die **Vorsitzende**: Vielen Dank. Für die AfD
Barbara Lenk.

Abg. **Barbara Lenk** (AfD): Herr Professor Cantner, Sie hatten in Ihrem Eingangsstatement im Zusammenhang mit dem Monitoring ein Beratungsgremium erwähnt. Wie stellen Sie sich das vor? Können Sie das kurz skizzieren?

Prof. Dr. Uwe Cantner (EFI): Carolin, wenn du das mitbeantworten möchtest?

Carolin Häussler (EFI): Ja, sehr gerne. Wir haben gesehen, dass wir in den digitalen Schlüsseltechnologien hinterher sind. Das bedeutet auch, dass wir eigentlich die Stärken in den anderen Bereichen ein Stück weit schwächen. Es wurde auch angesprochen, dass wir keine Beliebigkeit in der Definition haben sollten, was denn Schlüsseltechnologien sind. Wir empfehlen hier ein Monitoring, ein unabhängiges, regelmäßiges Monitoring aufzusetzen, um zu wissen, was sind die Schlüsseltechnologien derzeit und was sind die, die in absehbarer Zeit Schlüsseltechnologien werden. Ein unabhängiges Beratungsgremium, das nicht Forecasting macht, sondern ein unabhängiges strategisches Beratungsgremium, das die Bundesregierung im Umgang mit diesen Schlüsseltechnologien berät.

Wir werden Schlüsseltechnologien haben, da sind wir schon gut aufgestellt, da können wir aufholen. Wir haben welche, da sind wir ganz schlecht. Da

müssen wir schauen, dass wir besser werden. Dann haben wir welche, da haben wir eine gegenseitige Abhängigkeit mit anderen Ländern. Technologische Souveränität würde ich nie mit Autarkie, sondern immer eher mit Abhängigkeitsmanagement übersetzen. Dann muss man schauen: An welchen Stellen kann man sich diese Schlüsseltechnologie besorgen? Man würde letztendlich ein Schlüsseltechnologieportefeuille für Deutschland in diesem Beratungsgremium erarbeiten. Wir können nicht überall gut sein. Wir müssen aber genau überlegen, wo wir Abhängigkeiten haben, die zu fatalen Folgen führen. Das heißt, wir müssen ein solches Gremium haben, um dieses Abhängigkeitsmanagement auf hoher strategischer Ebene zu machen. China und die USA machen das schon lange, aber wir bislang nicht. Um die Voraussetzungen zu haben, dass wir es machen können, brauchen wir diese Einheiten, das Monitoring, Forecasting und die strategische Beratungseinheit.

Die **Vorsitzende**: Vielen Dank. Zur letzten Meldung in dieser Runde hat Anke Domscheit-Berg von DIE LINKE. das Wort.

Abg. **Anke Domscheit-Berg** (DIE LINKE.): Herzlichen Dank. Mich interessiert Ihre Position zum Thema Offenheit in der Innovation, inwieweit wir ein Open Everything als Katalysator für Innovationsprozesse betrachten können – also Themen wie Open Data, Open APIs, Open Source und wie gesagt Open Everything.

Prof. Dr. Uwe Cantner (EFI): Dieser Begriff der Openness sorgt dafür, dass viele Akteure das viel verteilte Wissen im gleichen Maße zur Verfügung haben, um es dann in neue Ideen, Innovationen und Wertschöpfung umzusetzen. Wenn man das Wissen abschließt und andere können es nicht nutzen, dann passiert genau das nicht. Deswegen ist diese Offenheit an sich ein hoher Wert.

Allerdings bedarf diese Offenheit, dass die Beteiligten dieses Spiel auch fair spielen: Ich sage Ihnen heute etwas und Sie sagen mir morgen etwas. Wir zeigen uns wechselseitig, was wir tun. Dann funktioniert es. Wenn aber ein Spieler anfängt, dieses Spiel nicht fair zu spielen, sondern nur nimmt und nichts gibt, muss ich mir wohl etwas einfallen lassen, wie ich mit dem Spieler umgehen kann. In diese Bredouille laufen wir



langsam ein bisschen hinein. Ich glaube, nicht in Europa. Ich glaube auch nicht mit Nordamerika. Aber wir wissen, dass es Länder in Ostasien gibt, die dieses Spiel nicht so spielen, wie wir es spielen würden. Dann muss man aufpassen. Dann muss es Spielregeln geben und dann ist man nicht mehr allen gegenüber wirklich offen. Es gibt auch Leute, die sagen, die Openness-Linie ist schon durch, sie ist Geschichte, es gibt sie nicht mehr. Ich würde das sehr bedauern.

Abg. **Anke Domscheit-Berg** (DIE LINKE.): Ich auch, und ich glaube auch noch nicht, dass es so ist. Meine letzte Frage zum Thema Souveränität. Im Gutachten wird eher von technologischer Souveränität gesprochen, mehr auf einer nationalen Perspektive. Die Bundesregierung und DIE LINKE. tendieren eher zum Begriff digitale Souveränität, die gesellschaftliche und individuelle Gestaltungsmöglichkeiten einbezieht. Warum haben Sie sich nur auf diese Nationale und Technologische beschränkt?

Prof. Dr. Uwe Cantner (EFI): Die technologische Souveränität ist allgemeiner als die digitale. Ich kann bei digitalen Technologien souverän oder nicht souverän sein. Ich kann bei den Biowissenschaften souverän oder nicht souverän sein. Das haben wir alles unter „technologisch“ subsumiert. Das schließt das nicht aus. Dass wir

gesagt haben, eine Volkswirtschaft ist souverän und nicht die Individuen – gut, das kann man herunterbrechen. Man kann sagen, man möchte die einzelnen Akteure, die einzelnen Mitglieder der Gesellschaft souverän halten. Ob das in dem Maße gelingen kann, das möchte ich bezweifeln, das werden wir wahrscheinlich nicht ganz hinbekommen. Das ist letztendlich die Ratio, die dahintersteckt.

Die **Vorsitzende**: Ganz herzlichen Dank. Wir haben es schon gehört: Es ist etwas misslich, dass gleichzeitig das EFI-Gutachten im Bundestag debattiert wird. Aber wir haben uns ausgetauscht, und zwar öffentlich. Das ist ja auch spannend und ich danke Ihnen ganz herzlich für Ihr Kommen. Sowohl an den Bildschirmen als auch hier im Saal an die Geschäftsstelle ganz herzlichen Dank. Vielen Dank auch an die Technik, die es möglich gemacht hat, dass die öffentliche Veranstaltung, dieser öffentliche Tagesordnungspunkt, übertragen wurde. Damit nehmen wir dieses Gutachten zur Kenntnis und hiermit ist auch die Öffentlichkeit wieder beendet. Vielen Dank.

Der Ausschuss beschließt Kenntnisnahme.

Ende: 17:18 Uhr

Tabea Rößner, MdB

Vorsitzende